

11. April 2014

Presseaussendung

Informationsgespräch

Vorarlberger Lehrer/innen Initiative VLI und Unabhängige Bildungsgewerkschaft UBG mit Ministerin Heinisch-Hosek

Erstmals klare Aussage über die Höhe des Bildungssparpaketes, wenig Konkretes über die Sparmaßnahmen selber.

Die Informationen über die Höhe der Budgeteinsparungen im Bildungsministerium waren in den letzten Tagen vor allem widersprüchlich. Heute gab es von der Ministerin Heinisch-Hosek erstmals eine klare Aussage über die Höhe der Einsparungen: „57 Millionen Euro, nicht mehr und nicht weniger, ist die Vorgabe des Finanzministeriums“.

Sparr Manfred (VLI-BMHS) fasst die Informationen der Ministerin Heinisch-Hosek zum Thema Budgeteinsparungen im Bildungsministerium zusammen: „*Finanzminister Spindelegger hat ein faules Osterei ins Budgetnest der Österreichischen Schulen gelegt. Die Regierung nimmt damit fahrlässig in Kauf, dass das Hypo-Desaster das Österreichische Bildungssystem nachhaltig schädigt. Das können wir nicht akzeptieren!*“ „

„Leider konnte die Ministerin nur lückenhaft Angaben über die Einzelsparmaßnahmen machen“, ergänzt Gerhard Pušnik (VLI-AHS). Fix ist nur, dass ein Drittel der Einsparungen im Verwaltungsbereich erfolgen wird und zwei Drittel von den Schulen getragen werden muss. Sehr wahrscheinlich werden diese Einsparungen durch

- Reduzierung der Stunden für Teamteaching in den Neuen Mittelschulen (NMS) von 6 auf 4.
- Kürzung der Mittel für Gruppen- und Klassenteilungen, bei Unterrichtsfächern wie z.B. Werkstätte, Informatik, Bildnerische Erziehung und
- Streichung der zusätzlichen Teilungen in der 9. Schulstufe bei mehr als 30 Schüler/innen

Die unabhängige Gewerkschafterin Ingrid Scharf kritisiert die Sparmaßnahmen in der APS: „*Man hat immer noch nicht begriffen, dass die Folgen der Bankenmisere nicht unseren Kindern aufgebürdet werden dürfen. Die vorgesehenen Kürzungen und Einsparungen in der Neuen Mittelschule verschlechtern sowohl die Lernbedingungen der SchülerInnen, als auch die Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen*“.

Laut Heinisch-Hosek werden die entsprechenden Verordnungen am Montag an die Schulen ergehen. Die von den Schulen bereits abgeschlossene Planung für das nächste Schuljahr

(Provisorische Lehrfächerverteilung) müsse überarbeitet werden. Eine große zusätzliche Belastung für die Schulverwaltung. Aber Kopfzerbrechen macht Manfred Sparr vor allem die zu *„erwartenden negativen Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation für die Jung- und Neulehrer/innen“* und ist sich sicher, dass in dieser Sache *„sicher noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.“*

Die Vertreter der VLI und UBG thematisierten auch die Bedeutung der Umsetzung der Oberstufe Neu mit Modularisierung, Lernbegleitung und Fachförderung für die Entwicklung der Höheren Schulen (AHS und BMHS). Auch die Ministerin bekräftigte, dass ihr die erfolgreiche Einführung der Oberstufe Neu ein großes Anliegen ist.

Bei der Nachbesetzung von nichtunterrichtendem Personal (Schulpsychologen, Schulwarte) soll es in Zukunft eine unkomplizierte Vorgangsweise geben. *„Es kann nicht sein, dass Schulen monatelang auf notwendiges Verwaltungspersonal warten“*, meint Gerhard Pušnik. Die Ministerin wünscht sich, dass die LSR besser planen und den dringenden Bedarf frühzeitig anmelden. Dass eine Schule ein halbes Jahr auf einen neuen Schulwart warten muss, wie das im vergangenen Jahr in Bludenz passiert ist, soll es nicht mehr geben.

Beim Thema neues Dienstrecht prallten die unterschiedlichen Vorstellungen aufeinander: *„Die Ministerin verteidigte ihr Werk und glaubt, dass vor allem die APS-LehrerInnen sich dafür entscheiden werden“*, fasst Gerhard Rüdissler (UBG) die Diskussion zusammen und stellt klar, dass für die *„VLI und UBG das neue Dienstrecht praxisuntauglich und für die LehrerInnen an den Höheren Schulen völlig unattraktiv ist.“*

Rückfragehinweis:

Gerhard Pušnik (0664/39186464)

Manfred Sparr (0664/5262357)

Gerhard Rüdissler (0664/2116192)